

++++  
Beilage zur "Arbeiterpolitik"  
für Weser-Ems  
++++

Anfang Juli 1950

Es knistert im Koalitionsgebälk  
BDV eröffnet Angriff - SPD kneift

Der sozialdemokratische Mohr hat auch im Bremer Koalitionssenat seine Schuldigkeit getan. Die SPD hat ihre Rolle als Krankenpfleger am Bette des todkranken Kapitalismus erfolgreich gespielt. Jetzt ist der verdiente Fusstritt fällig.

Einen deutlichen Wink mit dem Zaunpfahl, der sie zur Tür des Senats hinausjagen soll, erteilte der Bremer SPD der Vorsitzende der BDV, Dr. Entholt, auf der letzten Versammlung der Partei der Bremer Patrizier. Der Tenor der Entholtschen Rede war unmissverständlich: das "ohnehin lose geknüpfte Band" der Koalition müsse zerreißen, wenn die SPD es in Zukunft noch einmal wage, dem Bürgertum unangenehme Gesetze mit Hilfe der KPD durchzusetzen. Der kommende Wahlkampf 1951 werde um die Brechung der "sozialistischen Mehrheit" geführt werden. Entholt schlägt weiter die Beseitigung des Verhältniswahlrechtes vor und gestattet der SPD, sich die Schlinge um den eigenen Hals zu legen und sich an kommenden Besprechungen um die Wahlrechtsverstümmelung neben BDV, CDU und DP zu beteiligen.

Was hat die SPD hierauf zu antworten? Wer mit solch leeren Händen vor seiner Wählerschaft steht, wie die Bremer SPD nach rund 5 Jahren Koalitionspolitik, kann nichts anderes als kuschen. Die Antwort des Parteisekretärs der Bremer SPD, Lehnert, ist darum auch ein einziges Entschuldigungsgestammel. (Hoffentlich kriegen wenigstens die ehrlichen SPD-Arbeiter das Kotzen ob der Feigheit ihrer Führung.) Die Wahrheit auf die Angriffe der BDV-Führung wäre gewesen, daß die Bremer Pfeffersäcke es allein der schamlosen Ausbeutung der Bremer Arbeiterschaft zu verdanken haben, wenn ihre bankrotten Unternehmungen saniert und zum größten Teil nach der Währungsreform kapitalmäßig 1 : 1 und darüberhinaus umgestellt werden konnten. Das Geldkapital, das allein in den riesigen Hafenneubauten neu investiert wurde, geht in die Hunderte von Millionen, während der Lohn eines kinderreichen Hafenarbeiters unter dem Fürsorgerichtsatz liegt. Der SPD-BDV-Koalitionssenat hat während seiner Amtszeit riesige Kredite in die Bremer kapitalistische Wirtschaft hineingepumpt. Die KPD-Bürgerschaftsfraktion, die ihrem Traum von der nationalen Front unter Einschluss des "fortschrittlichen Unternehmertums" zuliebe auf die Enthüllung dieser riesigen Kredit- und Subventionsschiebungen hinter den Senatskulissen verzichtete und auch unfähig ist, eine wirkliche Entlarvung der Kapitalisten durchzuführen, diese KPD-Bürgerschaftsfraktion hat dem Betrugsmanövern der SPD und Gewerkschaftsbürokratie dadurch Vorschub geleistet, daß sie die Arbeiter vom direkten Kampf in den Betrieben zurückhielt und sie gemeinsam mit den Reformisten auf das parlamentarisch beschlossene "wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht", "paritätische Wirtschaftskammern" und ähnlichen Bluff vertröstete. Die Bremer SPD andererseits ist wiederum jedoch so blöd, nicht zu begreifen, daß sie um so eher aus dem Senat fliegt, je mehr sie die Klasseninteressen ihrer Arbeiterwähler den "bremischen Gesamtinteressen", dem "bremischen Handel", der "bremischen Schiffahrt", u. s. f. opfert. Denn alle diese "Interessen" und "Belange" sind

kapitalistische Interessen, die unter den erschwerten kapitalistischen Konkurrenzbedingungen von heute nur durch masslos verschärfte Ausbeutung der lebendigen Arbeiterschaft zu vertreten sind.

Ihr fehlender Mut zur Vertretung der wirklichen Arbeiterinteressen wird der SPD darum sicher und unausbleiblich im nächsten Jahr bei den Bürgerschaftswahlen das Genick brechen. Man braucht nur das armselige Gestammel Lehnerts von den "gemeinsamen Interessen" der bremischen Arbeiterschaft und des liberalen Bürgertums zu lesen, um dieses Urteils völlig gewiss zu sein. Die Arbeiterschaft jedoch muß sich klar sein, daß eine wirklich konsequente, kommunistische Klassenkampfpartei erst wieder geschaffen werden muß.

#### DIE KAMERADSCHAFT FREIER ARBEITER UND ANGESTELLTER

antwortete in einem Flugblatt dem DGB, Ortsausschuß Bremen, auf die Erklärung, die der Ortsausschuß zur Stellungnahme und zu den Aufrufen der "Kameradschaft" anläßlich der Betriebsratswahlen Anfang Mai abgab. Diese Antwort der "Kameradschaft" enthält einige Tatsachen, die für jeden denkenden Arbeiter und Angestellten in Bremen heute kein Geheimnis mehr sind. Darüberhinaus enthält es viele Unklarheiten, die zunächst nur beweisen, daß die "Kollegen" Paul Tinschert, Werner Rinn und die weiteren fünf "Kollegen", die für den Inhalt dieses Flugblattes verantwortlich zeichnen, sich über die Bedeutung der von ihnen benutzten Begriffe absolut nicht im klaren sind.

Marxismus ist solch ein Begriff, der sich wie ein roter Faden durch das Flugblatt zieht und an jeder Stelle, wo er auftaucht, beweist, daß die Schreiber ihn nur vom Hörensagen kennen und sich nie ernstlich mit ihm beschäftigt haben. Marxismus ist die Methode, auf der Grundlage des historischen Materialismus eine gegebene Lage wissenschaftlich zu analysieren und daraus Schlüsse zu ziehen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Dies ist keine willkürliche Zusammenstellung von Schlagwörtern, sondern wert, ernsthaft darüber nachzudenken.

Die "Kameradschaft" behauptet, die Gewerkschaftsleitung ist nicht die Gewerkschaft. Das ist richtig. Aber die Gewerkschaftsbürokratie steht nicht darum im Widerspruch zu dem Willen ihrer Mitglieder, weil sie eine marxistische, sondern weil sie eine antimarxistische Politik treibt. Weil sie praktisch dem Klassenfeind der Arbeiter und Angestellten in die Hand arbeitet, deshalb ist sie unfähig, entscheidendes zu tun. Der Marxismus ist die Lehre von den Bedingungen des Sieges der Arbeiterklasse. Aus der Tatsache, daß viele Funktionäre des DGB gleichzeitig Funktionäre der SPD sind, zu folgern, diese Bonzen wären Marxisten, ist entweder eine demagogische Unterstellung oder aber es zeugt von der Unkenntnis über die Rolle dieser Bonzen. Wenn die Gewerkschaftsbürokratie heute in der Lage ist, Dinge zu tun, ohne ihre Mitglieder zu fragen, ja sogar Dinge, die im Endeffekt den Interessen ihrer Mitglieder zuwiderlaufen, dann ist das allein Schuld der Mitglieder, die sich Satzungen aufschwätzen lassen, die es ihnen unmöglich machen, jederzeit in jeder Frage Rechenschaft von den Bonzen zu fordern, geschweige denn bei Nichtvertreten ihrer Interessen diese Leute jederzeit abzusetzen.

"Wir deutschen Arbeiter sind aber Gewerkschaftler, um uns unser Recht gegenüber den Unternehmern zu erkämpfen" schreibt die "Kameradschaft". **E r k ä m p f e n**, das ist der Angelpunkt. Wenn jenseits kleinbürgerlicher Illusionen a la SPD und jenseits

sturer Liebedienerei a la KPD eine Einheit der Werktätigen erreicht ist, können sie es wagen, das Heft in die Hand zu nehmen. Dazu gehört, daß alle jederzeit bereit sind, dafür zu k ä m p f e n . Dann aber muß man wissen, w i e man kämpfen muß. Dieses Wie ist entscheidend für Sieg oder Niederlage. Es gibt nur eine Methode, die dieses Wie beantwortet. Der Marxismus. Deshalb empfehlen wir den "Kollegen" Tinschert und Rinn, den Marxismus zu studieren und nicht an Erscheinungen herumzudoktern, die sie dafür halten. Zu wissen, was man nicht will, ist der Beginn. Die Vollendung ist, zu wissen, was man will.

#### Deutschlandtreffen der FdJ

Ein Bremer Teilnehmer am Berlin-Treffen der FdJ schickte uns den folgenden Bericht:

Am 22.5.50 Abfahrt von Bremen mit dem Zuge bis Hamburg-Bergedorf. Von dort mit Omnibussen bis zur Zonengrenze. Die Demarkationslinie wurde in der Nähe von Boitzenburg schwarz überschritten. Von Boitzenburg wurden wir mit den mittlerweile eingetroffenen Jugendlichen aus Nordwestdeutschland per Sonderzug nach Berlin-Nauen befördert.

In Berlin erfolgte die Unterbringung der westdeutschen Teilnehmer des Treffens in Weissensee und zwar in Schulen, Amtsgebäuden, volkseigenen Betrieben und zum Teil in Privatquartieren. Die Verpflegung war ausgezeichnet und bestand im einzelnen aus folgendem Tagessatz:

Ein halbes Brot, ein halbes Pfund Wurst, ein Pfund Kekse und Zwiebäcke, ein halbes Pfund Bonbon, ausreichend Mittagessen und Kaffee.

Ferner bekamen wir für die Dauer des Treffens ein Taschenfeld von 15 Ostmark, achtzig Zigaretten und außerdem als Geschenk ein blaues Hemd, eine kurze Hose bzw. Rock und ein Paar Strümpfe. Soweit der Vorrat reichte, kamen auch noch Schuhe zur Verteilung. Sämtliche Ostberliner Verkehrsmittel standen den Teilnehmern des Pfingsttreffens kostenlos zur Verfügung. An kulturellen und sportlichen Veranstaltungen wurde sehr viel geboten. Lohnend war der Besuch der "Lenin-Ausstellung des Parteivorstandes der SEP". Lohnend deshalb, weil er ein bezeichnendes Bild auf den Geisteszustand der Aussteller zuließ. Daß Lenin ein politisches Testament hinterlassen hat, war den SEP-Pseudo-Marxisten scheinbar unbekannt. Die Thesen Lenins über den Frieden waren gleichfalls nicht würdig, in dieser Ausstellung aufgenommen zu werden. Letzten Endes hatte man den Eindruck, eine Kultstätte des Stalinismus, aber keine Lenin-Ausstellung zu verlassen. Interessant waren die Gespräche mit SEP-Funktionären, die genau so fleissig und opferbereit wie borniert waren. Von der Anwendung des Marxismus auf die jeweiligen Gegebenheiten keine Spur. Sie haben vollkommen den Glauben an die eigene Kraft verloren. Für sie kann die soziale Revolution (von der sie gar nicht gerne sprechen) nur das Produkt der russischen Besatzungsmacht sein.

Die Demonstration der ca. 700 000 "Kämpfer für den Frieden" verlief in ausgezeichneter Ordnung ohne militärisch zu wirken. Ekelhaft war der Personenkult, den man mit überdimensionalen Bildern von Stalin und seinem Jünger Plek trieb. Erfreulicherweise beteiligte die FdJ sich kaum an diesen Geschmacklosigkeiten. Sie hatte es den Leuten überlassen, die für die Ausschmückung des Marschweges verantwortlich zeichneten.

Überraschend groß war die Beteiligung westdeutscher Jugendlicher, ca. 30 000. Aus Hamburg war eine sehr starke Falkengruppe erschienen,

die über 30 Falkenfahnen mit sich führte. Zum Teil führten die Jugendlichen Transparente mit sehr guten Lösungen mit. Der weitaus größte Teil war Geschrei der Stärkung der nationalen Front und ähnliches. Wenn man überhaupt von einem Erfolg des Treffens sprechen kann, dann gebührt der meiste Dank dem sozialdemokratischen Minister Käber, der es durch die Herrenburg-Affäre verstanden hat, 10 000 jungen Menschen einen Begriff von westlicher Demokratie zu geben. Würdig seiner großen sozialdemokratischen Genossen scheute er sich nicht, bewaffnete Polizei und Hunde gegen die zurückkehrenden Jugendlichen einzusetzen. Ein Teil der Lübecker Polizei weigerte sich, sich gegen diese jungen Menschen missbrauchen zu lassen und musste durch Hamburger Polizei abgelöst werden. Die Einmütigkeit der Jugendlichen erreichte, daß sie ohne Registrierung in ihre Heimatorte weiterreisen konnte. Der Vorsitzende der KPD Land Bremen Knigge und der Hamburger FdJ-Führer Most, die vorher einen Kompromiss ausgehandelt hatten, nach dem nur noch ein Teil der Jugendlichen registriert werden sollte, mußten sich der Entschlossenheit der FdJ beugen, die dann auch erreichte, ohne Registrierung die Grenze zu passieren.